

Krafer Zeitung.

Nr. 115.

Freitag den 22. Mai

1863.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Mai d. J. dem Krafer Oberlandesgerichtsrath Dr. Victor Koppf das Titel und Charakter eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Mai d. J. zum ersten Oberfinanzrath bei der Finanzlandesdirection in Lemberg den dortigen Oberfinanzrath Leopold Brachtl allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben zufolge Allerhöchster Entschliessung vom 15. Mai d. J. dem Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien Dr. Johann Kaspar Freiberger v. Seiller aus Anlass seiner Resignation auf die Advocatur in huldvoller Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens auf dem Gebiete der praktischen Rechtspflege das Allerhöchste Wohlgefallen allergnädigst zu bezeugen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben zufolge Allerhöchster Entschliessung vom 14. Mai d. J. dem Ober-Landesgerichtsrath in Wien Wilhelm Fenzl aus Anlass der ihm bewilligten Veretzung in den zeitlichen Ruhestand das Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfährigen eifrigen und erprießlichen Dienstleistung allergnädigst zu bezeugen geruht.

Der Staatsminister hat den Vicebibliothekar der Universitätsbibliothek in Padua, Anton Mainardi, zum Bibliothekar an der Studienbibliothek in Mantua, den Coadjutor, Victor Anton Roncetti, der Universitätsbibliothek in Padua, zum Vicebibliothekar dieser Bibliothek und den Gymnasialbibliothekar Marcus Girardi zum Coadjutor an der Universitätsbibliothek in Padua ernannt.

Das Finanzministerium hat den Finanzrath bei der österr. Finanzlandesdirection Heinrich Richter in gleicher Eigenschaft in das Gremium der Finanzlandesdirection in Wien versetzt.

In Folge der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. Dezember 1859 wird am 1. Juni d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Banhofhause in der Singerstraße die 381. und 382. Verlosung der alten Staatsschuld vorgenommen werden.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 22. Mai.

Wie erwähnt, ist eine zweite Depesche Desterreich's in der polnischen Frage, welche u. A. das religiöse Moment derselben betont, bereits in London und Paris mitgetheilt worden. Ein Artikel der „Donau-Zeitung“ vom 20. d. dürfte Andeutungen über den Inhalt dieses Theiles der Depesche enthalten. Es heisst darin:

„Die Geschichte lehrt uns, dass fast alle diplomatischen und sonstige Interventionen Russlands in Polen von der Disposition ausgingen. Russland wünschte nämlich, den im Lande lebenden Protestanten, hauptsächlich aber den Befürwortern des griechisch-orthodoxen Glaubens mindestens annäherungsweise Gleichberechtigung zu verschaffen; denn in der That war in russisch-polnischen Verträgen selbst die katholische Kirche als die herrschende in Polen anerkannt. Dieser Charakter derselben wurde durch die Theilungsverträge nicht nur nicht verwischt, sondern ausdrücklich aufrecht erhalten, und es versteht sich sonach von selbst, dass das organische Statut, welches bezüglich der Regierung und Verwaltung Polens im Jahre 1832 erlassen wurde, an das ererbte Gut und Recht Polens, die Freiheit der katholischen Kirche nicht rührte. Es ist jedoch bekannt, dass dieses Recht genugsam geachtet und gewahrt wurde. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die von dem päpstlichen Stuhle selbst erhobenen Klagen und Beschwerden. Wir halten dieselben für vollkommen begründet; denn wir achten die erhabene Autorität des heiligen Stuhles allzu hoch, als dass wir glauben könnten, er habe nicht die triftigsten Beweise für die genugsamen Anhaltspunkte für seine Behauptungen zur Hand. An Russland ist es nunmehr, einen großen wichtigen Act der Gerechtigkeit zu vollziehen, damit eine der bedeutendsten Spigen der Bewegung abgubren, und der Wiederkehr der schmerzlichen vermischten Ordnung den Weg zu ebnen. Wir sind überzeugt, dass Russland, dessen Beherrscher so ausgezeichnete Proben seines Wohlwollens, seiner Menschenfreundlichkeit, seiner Liebe zur Gerechtigkeit und zu einem ruhigen Fortschreiten auf den Wegen der Aufklärung und Freiheit geliefert hat, nicht davor zurückzusehen wird, und zwar um so weniger, wenn es sich erinnert, dass es seinerzeit selbst nicht besser als die Gleichberechtigung der katholischen und der Dissidenten, also keine Vorrechte für die orthodoxe Kirche anstrebte. Auch Desterreich will ja der katholischen Kirche in Polen nur die Freiheit nicht die herrschende Stellung vindiciren. Jetzt da das Verhältnis sich verrückt hat und der katholische Glaube gegenüber dem griechisch-orthodoxen in Polen in offenkundigen Nachtheil gerathen ist, gilt es daselbst eigentlich doch nur den in den früheren Jahrhunderten offen ausgesprochenen Intentionen Russlands gemäß wieder herzustellen. Desterreich aber ist in der Lage, die Gleichberechtigung der staatlich anerkannten Confectionen umso mehr zu empfehlen, als es sie bei sich zum Grundfasse erhob, und namentlich stets die griechisch-orthodoxe Kirche in der rückständigsten

Weise behandelte, wie denn auch das Vertrauen mit welchem so mancher zu diesem Glauben sich bekennende Volkstamm sich ihm anschliesst, dies unzweifelhaft darthut.“

Das in Paris am 18. d. wieder erschienene Blatt „Mémorial diplomatique“ bestätigt zunächst unsere jüngsten Mittheilungen über die Vorschläge des englischen Cabinets in der Polenfrage; dann aber fügt es noch einige Details hinzu, die wir der Vollständigkeit wegen anführen müssen. Der von uns erwähnte Waffenstillstand sollte auf Ein Jahr geschlossen werden und während dieser Zeit die polnischen Festungen im Besitz der russischen Truppen bleiben. (Es gehört wirklich eine Art von Naivetät dazu, letzteres ausdrücklich zu stipuliren, als ob es denkbar wäre, dass die russische Regierung die Festungen räumen würde.) Diese Beantragung eines einjährigen Waffenstillstandes beweist übrigens, dass die Note Englands nicht sämtliche Forderungen desselben erschöpft, sondern nur als Anbahnung, als Ausgangspunkt weiterer Präventionen dienen soll, und so erklärt es sich auch, dass Lord Russell in seiner Note nichts weiter verlangt, als sofortige polnische Administration (er scheint nicht zu wissen, dass diese polnische Administration schon existirt) und sofortige Amnestie. Anders die österreichische Note, deren Inhalt sich als das Maximum dessen darstellt, was das Wiener Cabinet für nothwendig hält: Wirkliche Amnestie, administrative Autonomie, nationale Repräsentation im Sinne des Provinzial-Landtages von Galizien, Culturfreiheit, Erklärung der polnischen Sprache als officielle in dem Unterrichte und in der Verwaltung. Durchaus unbegründet ist — wie der Pariser — Corr. der „N. Pr. Ztg.“ schreibt — die Angabe der „Österr. Post“, Drouyn de Lhuys habe den Gedanken eines Waffenstillstandes verworfen, und eben so unbegründet die Behauptung des „Memorial“, das Tuilerien-Cabinet werde keine Vorschläge machen, sondern sich darauf beschränken, die Desterreichischen und Englischen wo möglich mit einander zu verschmelzen, um daraus die Elemente eines Congresses zu bilden.“ Das englische Cabinet hat sich — wie schon mitgetheilt worden — die englischen Vorschläge angeeignet, weil sie eben nur ein Ausgangspunkt sind; aber es hat nicht darauf verzichtet, von dem Seinigen im Laufe der Unterhandlungen hinzuzuthun, und diese seine Absicht ergibt sich schon daraus, dass es sich die englischen und nicht die österreichischen aneignete, obgleich letztere thatsächlich weiter greifend sind. Den Waffenstillstand hat Drouyn de Lhuys nicht principiell verworfen, aber da er sehr gut begreift, dass Russland sich zu dem formellen Abschluss eines Waffenstillstandes nicht verstehen könnte, so denkt er gemeinschaftlich mit Lord Russell über die Mittel nach, eine stillschweigende Suspension der Feindseligkeiten zu erlangen. Man sieht, dass die Unterhandlungen wenig vorgerückt sind, und dass es absurd ist, jetzt schon von einem Congress zu sprechen.

Wie der R. Z. aus London geschrieben wird, sind die drei Mächte durchaus noch nicht über die Abfassung der Antwort an Russland einig geworden.

Die an den türkischen Geschäftsträger in Petersburg in der polnischen Frage gerichtete Depesche, schreibt man dem „Boten“, soll in einem sehr mäßigen Tone gehalten sein. Es heisst nämlich, dass sie bloß den Wunsch der Pforte für die baldige Pacificirung Polens ausspreche und darauf hinweise, wie dieser Wunsch durch das dem osmanischen Reiche so naheliegende Interesse begründet sei, dass in den benachbarten Staaten derselben Ordnung und Ruhe herrsche. Für die polnische Frage selbst mag wohl diese Depesche von keiner besonderen Bedeutung sein, aber nichtsdestoweniger bleibt sie ein höchst wichtiges Actenstück, denn sie bezeichnet einen großen Wendepunkt in der orientalischen Frage. Zuvor war es Russland, welches die Pforte fortwährend mit Forderungen zu Gunsten ihrer christlichen Unterthanen bedrängte, jetzt ist es diese letztere, welche eine gleiche Unterthänung an Russland bezüglich seiner polnischen Verhältnisse stellt. Welch ein großer Umschwung der Verhältnisse hat da stattgefunden! Der mahomedanische Staat der Osmanen, der einstige Schrecken der christlichen Völker in Europa, erhebt nun zu Gunsten eines dieser Völker seine Stimme und zwar bei einer christlichen Macht, welche stets die stolze Rolle einer großmüthigen Beschützerin der orientalischen Christenheit spielte. Es ist nicht zu verkennen, dass darin für Russland nicht allein eine heizende Ironie des Schicksals, sondern auch ein Stück rächender Nemesis liegt.

A. Dumas, schreibt man der „R. Z.“ aus Neapel, 13. d. M., erzählt in einem Leitartikel des Independenten eine Unterredung, die er mit einem kürzlich hier durchgereisten Fremden über die polnische Frage gehabt haben will. Er macht uns die Persönlichkeit zwar nicht namhaft, aber aus den gegebenen

Andeutungen und aus dem Verkehr, den er mit dem kürzlich hier durchgereisten Prinzen Napoleon hatte, dürfen wir beinahe mit Bestimmtheit schließen, dass jene ungenannte Person Niemand anders ist, als der Prinz selbst. Die Worte, die er aus dem Munde seines Vaters vernommen haben will, lauten folgendermaßen: „Wenn Europa bei dem Blutvergießen in Polen nicht intervenirt, so bleibt ihm nichts Anderes übrig, als Gendarmen und Gerichte aufzuheben, denn es giebt dann in Europa ein Land, wo Mord, Brand und Schändung unbestraft bleiben. Frankreich wird unfehlbar in der polnischen Frage das Schwert ergreifen, denn Frankreich könnte, wie wohl es den Krieg nicht wünscht, nie seinem Kaiser verzeihen, wenn er es nicht thäte.“ Ob und welche Bedeutung diese von A. Dumas dem Vetter des Kaisers beigelegten Worte haben, lassen wir dahingestellt; sie verdienen jedenfalls der Curiosität halber mitgetheilt zu werden.

Die „Europe“ berichtet, angeblich aus officieller Quelle: Die russische Regierung habe die Ueberzeugung gewonnen, dass der Aufstand in die altpolnischen Provinzen getragen werden soll. Sie beabsichtige deshalb in den westlichen Provinzen die Organisation einer bäuerlichen Landmiliz, behufs Ueberwachung des Adels und Aufrechthaltung der Ordnung. „Europe“ nennt diese Maßregel legalisirte Jacquerie von schreckenerregender Tragweite.

Wie die „S. G.“ erfährt, hätte sich der italienische General Turr von Galacz, wo er zuletzt gewesen, nach Podosien begeben.

Eine in diesen Tagen von den Studenten in Kopenhagen beschlossene Adresse an die Polen ist besonders darum bemerkenswerth, weil man in derselben dänischerseits den Polen zu insinuiren sucht, dass die slavischen wie die scandinavischen Völker gemeinsam als Feinde Deutschlands zusammenhalten müssen. Die Adresse der skandinavischen Studentenversammlung soll ins Französische und Englische übersetzt und an den „Moniteur“ und die „Times“ geschickt werden. Als Curiosum ist hier noch zu erwähnen, dass Oberst Lapinski, der diesem antideutschen Meeting beizuwohnen, seine Rede in deutscher Sprache halten musste, weil er bei seiner Unkenntnis der dänischen Sprache sich nur so seinen Zuhörern verständlich machen konnte. Es erinnert uns das an die komische Thatsache, dass die Führer der österreichischen Panславisten auf ihrem 1848 veranstalteten Congress sich gezwungen sahen, in deutscher Sprache, als der einzigen Allen verständlichen zu verhandeln. — Die Geldsammlungen haben übrigens in Dänemark bisher kein sonderliches Resultat geliefert, in allem bl. s. 2376 Rigsdaler.

Die von Garibaldi und Mazzini veranstaltete Subscription von 1 Fr. für Polen und Italien hat bis jetzt sich nicht über die Zahl von 1629 Fr. 2 Cts. erhoben. Dieses Factum geht aus der Aufzählung hervor, welche die mazzinistische Unità Italiana gegeben hat.

Die vereinigten Ausschüsse der Bundesversammlung arbeiten, wie man der „Köln. Ztg.“ aus Frankfurt schreibt, sehr fleißig in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, nachdem zu den ihnen überwiesenen Anträgen Hannover's und Oldenburg's (Baden hat keinen eigenen Antrag gestellt, hatte nur eine Zeit lang die Absicht auch der gemeinsame Antrag Desterreichs und Preussens gekommen ist. (Deswegen Inhalt ist bereits mitgetheilt.) Da die Vertreter der beiden Großmächte in den vereinigten Ausschüssen sitzen, so konnte deren Antrag auch in diesen geschäftsordnungsmäßig gestellt werden, ohne vorher in der Bundesversammlung selbst eingebracht zu werden. Trotz der Thätigkeit der Ausschüsse zweifelt man doch, dass die Berichterstattung (Referent Hr. v. d. Pfordten) bereits in der nächsten Sitzung, falls dieselbe am Donnerstag sein sollte, stattfinden werde.

Der „Augsb. Allg. Ztg.“ wird geschrieben: Die von Desterreich gewünschte Inpandnahme Holsteins, da die Bundesexerction kein hinreichendes Coercitiv zur Sicherung der Ausführung der Vereinbarungen von 1851 und 1852 ausübt, ist zwar vorläufig auf den Wunsch Preussens beim Bunde noch nicht beantragt, wird aber indeß schwerlich unterbleiben, falls die königl. herzogliche Regierung nicht rückhaltlos kundgibt, dass sie jenen Vereinbarungen sofort nachzukommen gedenkt. Desterreich ist aus seiner früheren Occupation Holsteins noch ein besonderes Argument in der Gestalt von beiläufig 7 Millionen ganz liquider Occupationskosten geblieben — ein Argument, dessen Geltendmachung das Finanz-Ministerium schon wiederholt urgirt hat.

Nach der „Presse“ ist die preussische Regierung — aber nicht von Wien aus — in vertraulicher

Weise verständigt worden, dass weder Desterreich noch die süddeutsche Zollvereinsgruppe eine sofortige vollständige Verschmelzung der beiden Zollgebiete, sondern zunächst nur die größtmögliche Erweiterung des Februar-Vertrages vom Jahre 1853 im Auge habe, dass aber für die darauf abzielende Verhandlung allerdings unbedingt die Priorität beansprucht werden müsse, bevor über den preussisch-französischen Handelsvertrag zu entscheiden sei. Hingefügt wird, dass Württemberg bereits seine Absicht kundgegeben habe, für den Fall der beharrlichen Weigerung Preussens, auch in diese Verhandlung einzutreten, den Antrag zu stellen, dass noch die jetzt versammelte Zollvereinsconferenz zur Einleitung der Maßregeln instruiert werde, um die Fortsetzung des Zollvereins eventuell ohne das ausschließende Preußen zu ermöglichen.

Dem „Schwab. Merk.“ wird aus Süddeutschland 16. Mai. geschrieben; „Neuerem Bornehen nach hat Preußen in Folge der bairischen Circularbesche vom 25. April und der sich hieran schließenden weiteren Beredungen eingewilligt, nicht nur, dass Modificationen des Tarifs im Handelsvertrag vorgenommen werden, sondern auch, dass auf der Zollconferenz in München die Frage des Eintritts von Gesamtösterreich in den Zollverein zur Sprache komme, Beides ohne auf einer vorausgehenden Annahme des Handelsvertrags, wenn auch nicht bloßer Formalität, zu bestehen.“

Aus Paris wird dem „Waterland“ geschrieben, dass Kaiser Napoleon unter der Hand bei Lord Palmerston angefragt habe, ob es am Ende nicht besser sei, in Griechenland keine definitive Ordnung der Dinge zu treffen, die dänische Candidatur auf schiedliche Weise zu beseitigen und provisorisch eine Republik, umgeben von den Mündungen französischer und englischer Kanonen, einzurichten.

Wie die „France“ meldet, wird die griechische Deputation Kopenhagen am 25. d. verlassen ohne eine Antwort abzuwarten.

Die „France“ meldet aus Puebla vom 17. April: Die Belagerung dauert unter vortreflichen Verhältnissen fort.

Die vor einiger Zeit von französischen Blättern gebrachte, aus Ragusa vom 5. d. datirte Meldung, dass sich unter der türkischen Bevölkerung in Mostar eine geheime Gesellschaft in der Absicht gebildet habe, auf verschiedenen Punkten der Herzegowina eine Agitation gegen die Christen hervorzurufen, wird vom „Journal de Constantinople“ als gänzlich unwahr bezeichnet.

Das „Journal de Constantinople“ theilt die bereits bekannten, von griechischen Soldaten in Athen verübten Brutalitäten mit dem Bemerkens mit, dass man in der griechischen Hauptstadt allgemein der Ansicht sei, eine auswärtige Occupation werde stattfinden müssen.

Die brasilianische Regierung hat nach der „France“ in London die Erklärung abgegeben lassen, dass sie ihre Beziehungen zur britischen Regierung abbrechen wird, wenn dieselbe abermals Hrn. Christie als Gesandten nach Rio Janeiro schicken würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Mai. Mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. d. M. wurde der vom Salzburger Landtage für das Verwaltungsjahr 1863 und provisorisch auch für die Monate November und December 1863 und den Monat Jänner 1864 votirte Landesfonds- und Grundentlastungs-Zuschlag genehmigt.

Aus Ebenzweier ist das nachfolgende Telegramm über das Befinden Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten hochwürdigsten Herrn Erzherzogs Maximilian d'Este eingegangen: 20. Mai, 8 Uhr früh. Die Beruhigung hielt gestern den ganzen Tag an. Von 8 bis gegen 11 Uhr Nachts mäßige Beklemmung, hierauf mehrstündiger Schlummer; beim Erwachen merkbare Erleichterung in den Krankheits-Erscheinungen. 21. Mai, 7 Uhr früh. Die Erleichterung in den Krankheits-Erscheinungen dauerte während des Tages fort; von halb 9 Uhr Abends bis Mitternacht ruhiger Schlummer; beim Erwachen mäßiger Anfall von Beklemmung, hierauf gewöhnliche Beruhigung.

Wie vom Schloß-Seelowitz gemeldet wird ist Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Elisabeth, Gemahlin Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Ferdinand, am 21. d. 7 Uhr früh glücklich von einem Erzherzoge entbunden worden.

Der Herr Finanzminister v. Plener, von einem leichten Unwohlsein befallen, wird erst in nächster Woche seinen Landaufenthalt in Gegendorf nehmen. Der Banus von Kroatien FML. v. Sotsekovich

hatte heute Vormittags eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser und wurde dann von SS. kais. Hoheiten den Herren Erzherzogen Franz Karl und Rainer empfangen. Abends tritt der Kaiser seine Rückreise nach Agram an.

Nach der Feierlichkeit der Grundsteinlegung für das neue Opernhaus wurde vom Minister v. Caffer den beiden beim Baue zugeordneten Ingenieur-Assistenten Wilt und Mägel das Beförderungs-Decret als Ingenieure im Staatsministerium überreicht. Hierauf folgte die Geldbetheilung des gesamten bei dem Baue in Verwendung stehenden Baupersonals. Die vertheilte Summe belief sich auf 4000 fl.

Unter der Ueberschrift: „Constitutionalismus und Ständewesen in Siebenbürgen“ bringt die „Hermannstädter Zeitung“ eine historisch-politische Erörterung über die mit dem Allerhöchsten kaiserlichen Erlasse vom 21. April 1863 kundgemachte prov. Landtags-Ordnung für Siebenbürgen. Namentlich kehrt sie sich gegen die Einwendung, daß die Rechtscontinuität durchbrochen und die prov. Landtags-Ordnung nicht auf constitutionellem Wege zu Stande gekommen sei; vielmehr spricht sie die Ueberzeugung aus, daß das vollste Recht und gebieterische Regentenpflicht die Quellen sind, denen der für Siebenbürgen so bedeutungsvolle Act Sr. Majestät vom 21. April 1863 sein Dasein verdankt, und daß Sr. Majestät Siebenbürgen gegenüber vollkommen constitutionell gehandelt hat. Wo sind denn, fragt das siebenbürgische Blatt, die Stände von 1791, die noch die Diätalartikel vom Jahre 1846—1847 und die 1848er Gesetze zu Stande brachten? Diese Stände sind todt; sie sind an den demokratischen 1848er Pesther Landtag und an dem Geiste der neueren Zeit gestorben. Keine Macht der Welt vermag jetzt diese Todten wieder in das Leben zurückzurufen. Die ständische Ordnung und Vertretung, die bis zum Jahre 1848 in Siebenbürgen bestand, begründete keine Constitution im modernen Sinne und am allerwenigsten eine acht-hundertjährige Constitution. Siebenbürgen hatte bis zum Jahre 1848 ein privilegiertes Ständewesen, aber keine Constitution. Nach einem geschichtlichen Rückblicke auf die früheren politisch-privilegierten Einrichtungen in Siebenbürgen und einer kritischen Beleuchtung der von der französischen Revolution überkommenen Theorie von der Theilung der Gewalten fährt die „Hermannstädter Zeitung“ fort: „Der moderne Constitutionalismus ruht nicht mehr auf dieser falschen Theorie, sondern auf dem Gedanken des Rechtsstaates, der Gleichheit Aller vor dem Gesetze ohne Unterschied des Ranges, des Standes, der Nationalität und Confession, der Ueberwachung der Staatsgewalt, welche unbeschränkt, dem Irrthum leicht zugänglich ist und zum Mißbrauche geneigt und sucht die gesetzliche Freiheit durch Einschränkung der Regierung auf die rechte Bahn zu führen. Zu diesem Ende wurde einerseits die Trennung der Staatsgewalt in eine gesetzgebende und vollziehende völlig aufgegeben und dagegen ein einheitlicher Mittelpunkt des Staatslebens als logische und praktische Nothwendigkeit erkannt; andererseits legt der moderne Constitutionalismus das den Regierten zustehende Recht nicht mehr in eine selbstständige Befugung eines Theiles der Staatsaufgabe, sondern vielmehr in eine Vertheidigung ihrer Rechte und Interessen gegen etwaige Mißgriffe und Mißanwendungen von Seite der Regierung. Die Regierung als solche und die staatsbürgerlichen Rechte werden einander gegenüber gestellt und beide mit bestimmten Rechten und Pflichten und mit besonderen Mitteln zur Geltendmachung der ersteren ausgestattet. Der Grundlag der gleichmäßigen Vertretung aller Volksrechte gegenüber der Staatsgewalt ist das Ziel des modernen Constitutionalismus. — Diesen Ideen des Constitutionalismus hat Sr. k. k. Apostolische Majestät bei Erlassung des Staatsactes vom 21. April l. J. für Siebenbürgen im Geiste und der Wahrheit der neuen Zeit vollständig Rechnung getragen. Die Landtagsordnung wurde nur provisorisch für den einzelnen Fall erlassen, um mit dem Landtage ein angemessenes Organ zur Berathung einer definitiven Landtagsordnung zu schaffen, welche die Regierung Sr. Majestät einseitig nicht zu erlassen für gut fand, wie dies mit den Landtagsordnungen in den Ländern jenseits der Leitha der Fall gewesen ist. Dem Landtage sollen über die wichtigsten Lebensfragen Siebenbürgens Gesegentwürfe vorgelegt, und dadurch den Vertretern Siebenbürgens ohne Unterschied des Geburtsranges, der Nationalität und Confession, Gelegenheit gegeben werden, ihre Rechte und Interessen zu wahren. Die provisorische Landtagsordnung hat nicht das privilegierte Ständewesen von ehemals, nicht die Suprematie einer Nationalität über die andere, sondern den Grundsatz der möglichst gleichmäßigen Vertretung aller Volksrechte und Interessen zu ihrer Grundlage. Sie entspricht in sofern dem 800-jährigen privilegierten Stände- und Adels-Wesen, aber sie ruht auf dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze, der gleichen Pflichten und gleichen Rechte des durch freisinnig-staatliche Institutionen gesügten Rechtes aller siebenbürgischen Staatsbürger. Sie ist der fruchtbare Keim des Constitutionalismus in Siebenbürgen im Gegensatz zu den privilegierten Stände- und Adels-Wesen von ehemals. Die constitutionelle Ära beginnt in Siebenbürgen nicht mit der fälschlich sogenannten 800-jährigen Constitution, nach welcher nur ein verschwindend kleiner Theil des Volkes privilegiert, das Volk selbst aber politisch rechtlos war, sondern mit dem Diplom vom 20. October 1860, dem Staatsgrundgesetz vom 26. Februar 1861 und der Landesordnung vom 21. April 1863.“

Aus Berlin, 20. d., wird gemeldet: Im Budgetausschusse erschienen gestern und heute militärische Vertreter des Marineministeriums. Große Ueberra-

schung. Wegen morgen vollständige Ungewißheit. — Das Herrenhaus hat ein Dankesvotum wegen der polnischen Frage mit allen gegen eine (Baumstark) Stimme, nach dem Auspruchsantrage beschloffen. Hr. v. Bismarck und v. Roon waren anwesend, schwiegen aber. Die Debatte war voll der heftigsten Ausfälle gegen die Abgeordneten. — Nächste Sitzung unbestimmt. Der heutige „Staatsanzeiger“ meldet: Der König hat im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Tages mehrmals an frampshaffen Nierenleiden gelitten. Nach einer guten Nacht fühlten sich Sr. Majestät zwar angegriffen, doch ist das Befinden durchaus befriedigend. Der König hat gestern und heute keine Vorträge entgegengenommen.

Der königl. preussische Rittmeister v. Stramberg in Dels, theilt in einem Inzerat der „Schles. Ztg.“ mit, daß er durch ehrenrichtiges Erkenntnis des Dienstes entlassen und daß dieses Erkenntnis gegen ihn als Verfasser der Flugchrift: „Was dem Heere Noth thut“ erlassen worden sei.

In Posen, sind wie die „Pos. Ztg.“ meldet am 18. d. 23 politisch verdächtige Personen, meist dem Adelstande der Provinz angehörig, von Gnesen eingeliefert und auf dem Festungssternwerke in für sie eingeräumten Anstalten untergebracht worden. Hier werden alle des Hochverraths Angeklagten ihre Untersuchungshaft abgeben, und zu größerer Bequemlichkeit wird nicht nur die Untersuchungs-Commission auf dem Kernwerk ihr Bureau einrichten, sondern auch die Staatsanwaltschaft wird ihr wahrscheinlich dahin folgen. Es heißt, daß die bisher in diesem Proceß vernommenen polnischen Zeugen jede Auslieferung ablehnen, weshalb ihnen mit Zwangshaft gedroht sei.

Nach Berichten aus Dresden starb am 18. d. die kleine Prinzessin Elisabeth, Tochter des Prinzen Georg und der (portugiesischen) Prinzessin Maria Anna, in Folge des Zahnens. Das Kind war $\frac{1}{4}$ Jahr alt; es war die Hoffnung der Eltern, denen im vorigen Jahre die erstgeborene Tochter, Prinzessin Marie, gestorben war.

Der Staatsminister Freiherr v. Beust ist am 20. von Berlin zurückgekehrt.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Der englische Seecadet P., welcher im vorigen Jahre sich Excesse in dem f. Schloßgarten erlaubt und sich namentlich an einem Gartenportier thätlich vergriessen hatte, ist vor einiger Zeit wieder hier eingetroffen, um die Seinen zu besuchen, was dessen gerichtliche Verfolgung nach sich zog. Derselbe wurde nun vor Kurzem zu 3 wöchentlich Festschloßstrafe verurtheilt, wovon ihm jedoch 14 Tage durch die Gnade des Königs erlassen worden sind.

Der mit Spannung erwartete Frankfurter Arbeitertag vom 18. nahm einen kläglichen Verlauf. Der vielberufene Laffale aus Berlin sprach von 4 bis halb 9 Uhr. Leider ist, wie sich das Frankfurter Journal euphemistisch ausdrückt, sein Vortrag der Art, daß man in der Mitte des Saales bereits nur wenig von seinem Vortrag verstand, und dies so wie der Umstand, daß Herr Laffale sich fast nur auf den Vortrag seiner in einer Broschüre bereits niedergelegten Ansichten beschränkte, bewirkte, daß Herr Laffale (nach mehr als vier Stunden) aus der Ungeduld der Arbeiter aus mehreren Orten, denen es allerdings ihre Stellung und Mittel nicht erlauben, auf vielen Arbeitertagen zu erscheinen, und welche auch noch andere Redner hören wollten, Veranlassung nahm, seinen Vortrag abzubrechen, worauf das Central-Comité die Versammlung auflöste.

In Kiel kam es am 14. d. zwischen einberufenen Schleswigern, die von dort abgehen sollten, und dortigen Dänen zu ersten Handgreiflichkeiten, so daß Polizei und Officiere herbeigelaufen einschreiten mußten. Man hört jetzt bald den „tappern Landsoldaten“, bald „Schleswig-Holsteiner“ singen. Die Landsoldaten selbst scheinen sich dort recht übermüthig geriren zu wollen, und beweisen ihre Tapferkeit dadurch, daß sie Professoren der Theologie und Damen vom Trottoir stoßen. Die Polizei hat deshalb die Bestimmungen über das Gassenrecht wieder in Erinnerung gebracht und soll auch dem Commandanten davon Mittheilung gemacht haben.

Von Kiel und andern Städten des Landes sind Adressen an den Großherzog von Oldenburg abgegangen, in welchen ihm für sein Auftreten in unser Landesangelegenheit überhaupt und namentlich für seinen letzten Antrag am Bunde Dank gesagt wird, durch dessen Annahme allein die nationale Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins vor schmachlichem Untergange bewahrt werden könne. „Das Volk der Herzogthümer“ — heißt es in der Hauptstelle des Schriftstücks — „begrißt diesen Antrag mit ungetheilter Freude, hoffend, daß es der Mehrheit der deutschen Regierungen unmöglich sein wird, sich noch länger der Macht der Erwägungen zu entziehen, welche die volle Wiederherstellung der Schleswig-holsteinischen Landesrechte als Lösung einer längst verfallenen Schuld fordern.“

Der Graf von Chambord ist, von vielen Angehörigen des französischen Adels erwartet, am 13. d. in Mannheim eingetroffen und wird mehrere Tage dort verweilen. Am 14. d. hat Sr. k. k. Hoheit einen Auszug nach Speier zum Kaiserdom gemacht; am 15. galt sein Besuch der Nachbarstadt Heidelberg.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Die Kaiserin ist noch immer unpäßlich. Die Abendgesellschaft, die heute in den Tuilerien stattfinden sollte, wurde deshalb wieder verlagert. Der Hof soll erst nach Beendigung der Wahlen nach Fontainebleau gehen. — Herr Drouyn de Lhuys hat das Memorial diplomatique wieder ins Leben gerufen, das man also mit ziemlicher Sicherheit als das Organ des Ministers des Aeußern betrachten kann. Nach Berichten haben Herr Debraux und Herr de St. Poncey, der frühere Chefredacteur der „France“ die Redaction übernommen. — Der Minister des Innern wollte die neue Insurrection der „France“ mit einer Suspension auf einen Monat beantworten, wodurch er für die Wahlperiode diese unbenutzbare Mahnerin los geworden wäre; man ist jedoch auf diesen Antrag nicht eingegangen. — In der vergangenen Nacht hat man überall die officiellen Aufschläge, welche Hr. Devind, den Concurrenten Thiers, empfehlen, heruntergerissen; auch sonst findet man an den officiellen Wahl-Placaten unverkennbare Spuren despoticirlicher Behandlungen. Dufaur tritt in Rochefort, Barthélemy St. Hilaire in Versailles auf; Berryer ist bereits nach Marseille abgereist. — G. Arago, Bastide und andere Mitglieder des Berges haben einen Brief in Umlauf gesetzt, welcher gegen die Liste der Neun protestirt und verlangt, daß man einfach Niemanden wählen, sondern unbeschriebene Stimmzettel in die Urne werfen solle. — Herr Dillon Barrot tritt in Straßburg als Candidat zum gesetzgebenden Körper auf. — Man wird, wie es heißt, eine Division von 8000 Mann nach Mexiko absenden. — Diese Woche trat hier eine internationale Commission zusammen, welche die Aufgabe hat, die Posttarife zwischen Europa und Amerika in Einklang zu bringen. Vierzehn Staaten nehmen an der Conferenz Theil, Desterreich ist dabei durch Hr. v. Löwensthal vertreten. — Bei Hr. v. St. Cheron, der früher eine lithographirte legitimitistische Correspondenz redigirte, und in der letzten Zeit für englische und belgische Blätter correspondirte, hat eine Hausdurchsuchung stattgefunden; es wurde gegen ihn die Anklage wegen verbotener Verbindungen mit dem Auslande erhoben. Am 21. Mai wird vor dem Zuchtpolizeigerichte ein Proceß gegen die Herren Armand Montlu, Repomus-Romain, Rodriguez, Jerome Laverrière, Alderhauer, Gregoire Boué, Professor und Louis Maneyro zur Verhandlung kommen. Dieselben sind angeklagt, während der Jahre 1862 und 1863 in der Absicht, den Landfrieden zu stören und zum Haß gegen die Regierung des Kaisers aufzuregen, sei es im Inlande oder im Auslande, sich verbrecherischer Antriebe schuldig gemacht und Einverständnisse unterhalten zu haben.

Wie bereits erwähnt, soll gegen den 20. d. ein schwedisches Geschwader in den Hafen von Cherbourg einlaufen und der Kaiser sich dahin begeben, um dasselbe zu besichtigen. Ein Pariser Correspondent der „SP.“ meldet nun, daß den disponiblen Kriegsfahrgenossen in den verschiedenen französischen Häfen die Weisung zugeht, sich zur selben Zeit in Cherbourg einzufinden. Ich bin weit entfernt, schreibt derselbe, dieser Weisung irgend eine Tragweite beizulegen; ich constatire lediglich, daß diese „Demonstration“ den Hauptgegenstand der Conversation und der Commentare an der Börse bildete.

Italien.

Wie das „Turiner Diritto“ vom 16. Mai schreibt, wird die neue Session des Parlaments nicht am 21. sondern erst am 25. d. eröffnet werden.

Die piemontesische Regierung scheint nun dem Clerus gegenüber viel milder aufzutreten, als dieses noch vor Kurzem der Fall war. Der Conflict, zwischen ihr und dem General-Bicar von Mailand ist durch die Nachgiebigkeit der Regierung beigelegt worden. Der König hatte nämlich zwei Domherren der Kathedrale von Mailand ernannt. Mgr. Caccia weigerte sich, die Installation vorzunehmen, Rom gab ihm Recht; da machte der König dem Zwiste plötzlich ein Ende, indem er die beiden Domherren anderweitig entschädigte und deren Ernennung zurückzog. Ferner erließ der Großfiscobewahrer ein Circular an die Präfecten, in welchem angeordnet wurde, alle Zwangsmittel gegen Priester werde die Feier des Statuts nicht begehren wollten, zu unterlassen. Auch die Absingung des Salvum fac regem bleibe der Loyalität der fungirenden Priester überlassen. Es heißt, daß in Folge dessen Mgr. Caccia wieder hierher zurückkehren werde. Ein weiteres Anzeichen, daß die Regierung künftig eine minder schroffe Stellung dem Clerus gegenüber einzunehmen gedenke, ist auch die Rücknahme jener Verfügung wonach in den Elementarschulen der Religionsunterricht aufhören sollte der sonntäglichen Christenlehre öffentlicher Religionsunterricht ertheilt werden sollte. Der ungünstige Eindruck, den diese Verfügung allenthalben hervorrief, scheint die Regierung scharf gemacht zu haben, denn zuerst suspendirte sie die Abschaffung der Religionslehre und später setzte sie die bereits suspendirten Lehrer wieder ein, so daß jetzt wieder Alles beim Alten bleibt.

Nach Berichten der Pariser „Presse“ aus Rom hätten sich Herr v. Merode und Cardinal Antonelli öffentlich, in Gegenwart des Papstes, ausgesprochen. Am Tage vor seiner Abreise nach Ceperano hätte der Papst, der noch bettlägerig war, die beiden Minister rufen lassen und ihnen mit thranendem Auge den Kummer vorgeteilt, den ihm ihre Uneinigkeit bereite, um das Aergerniß, wenn diese Uneinigkeit durch den Rücktritt des Einen oder des Andern offenkundig werde. Am folgenden Tage speinten beide Minister allein bei dem Papste. Die Freunde des Herrn von Merode sagen ganz laut, daß die Beweise der Schuld Antonelli's für Antonelli nunmehr überzeugend geworden seien, und derselbe deshalb keinen Grund mehr habe, seine Entlassung aufrecht zu erhalten.

Der frühere französische Gesandte in München, Herr v. Meneval, der vor vier Jahren in Rom ins Priester-Seminar trat, (der Tod seiner Gattin war die nähere Veranlassung, sich aus dem Treiben der Welt zurückzuziehen) hat seinen seine theologischen Studien vollendet und ist nach Frankreich zurückgekehrt, um sich dem Erzbischofe von Paris zur Verfügung zu stellen. Die ihm vom Kaiser früher angebotene Stelle eines Officiers di Rota schlug er aus, um sich ganz der practischen Seelsorge zu widmen.

Rußland.

Gestern haben wir nach Lemberger amtlichen Telegrammen mitgetheilt, daß in den Gränzdistricten von Volhynien und Podolien alles ruhig ist und daß in Podolien kein Insurgentencorps steht. Schwer lassen sich daher die nachstehenden Berichte mit diesen Angaben vereinigen. Nach diesen Berichten hätte der Aufstand großartige Dimensionen. Zunächst heißt es, stehen in Volhynien mehrere Insurgentencorps im Gränzwinkel gegen Congresspolen und Galtzien (Zolkiewer Kreis), eines in der Gegend von Poryck, welches schon bei Lachów ein kleines Gefecht bestanden hat, und eines bei oder in Milatyn. Es commandirt daselbst ein gewisser Wisniowski. Weiter nördlich zog ein Corps gegen Wlodzimierz. Noch weiter nördlich stehen Insurgenten unter Kuzma in und um Laboml, nahe am Bug, welche offenbar die Dobre haben, die Verbindung mit Congresspolen zu behaupten. Zum Hauptwaffenplatz hätten die dortigen Insurgenten aber die Stadt Kowel am Fluße Turia an der Grenze des Sumpfsgebietes des Prypec und seiner Nebenflüsse des volhynischen Polesien liegend gewählt; es sollen ihrer dort gegen 3000 stehen. Weiter südlich an der Zolkiew-Floczower Kreisgränze stehen die Insurgenten in Horochow und Druzkopol. Bei letzterer Stadt sollen sie auch schon ein glückliches Gefecht bestanden haben. Noch weiterhin stehen Insurgenten in der Gegend von Dubno und Arzementec. Noch weiter östlich standen Insurgenten in Swigec, die nach einem unbedeutenden Gefechte in der Richtung gegen Tesopol abgezogen sind. Weiter östlich stehen Insurgenten bei Zastaw am Fluße Goryn. Noch weiter im Innern des Landes haben die Insurgenten Lubar nahe an der podolischen Gränze und dabei wichtig durch seine feste Lage (von drei Seiten vom Fluße Slucz umgeben) stark besetzt und verschanzt; kleinere Corps stehen in Ostropol und Labun. Den Oberbefehl führen dort die zwei Brüder Dunin. Verdyzow, heißt es weiter, ist von den Insurgenten dem Vernehmen nach in der Zahl 1500) bedroht und jetzt wahrscheinlich schon genommen. Während also in Volhynien vierzehn Insurgentencorps in mindester Stärke von 10.000 Mann existiren sollen, wird in jenen Berichten wenigstens soviel zugegeben, daß in Podolien an der Gränze wenige oder keine Insurgenten stehen. Zunächst sollen hier Insurgenten in dem Dreieck Schmelnik, Latyczew, Lityn, zwischen den Flüssen Boh und Now stehen. Östlich vom Boh stehen eine Abtheilung bei Winnica, bestimmt, die Verbindung mit der Ukraine zu erhalten. Südöstlich am Fluße Boh, ebenfalls nahe der Ukraine, sollen die Bezirke Bracław, Hajczyn und Dhopol in vollem Aufstande sein, ohne daß man jedoch etwas Näheres darüber wüßte. Noch weiter südöstlich soll sich bereits die ganze Ukraine mit Ausnahme der am Dniepr liegenden Bezirke von Czernyn und Czernas, wo das polnische Element nur sehr schwach vertreten ist, in vollem Aufbruch befinden. Doch sei darüber wenig Näheres bekannt. Zur Erhaltung der Verbindung mit Volhynien (besonders mit Verdyzow) dienen die Positionen Skwira und Machnowka; weiter östlich stehen Insurgenten in Bialocerkiew und Zaraszczka (beide sind kleine Städte am Fluße Ros). Bei Bialocerkiew fand schon ein Gefecht statt. Dies sind alle bekannten Details, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit schon in den nächsten Tagen sich herausstellen muß.

Aus den Berichten des russischen „Swaliden“ aus Wilna, Mińsk, Witebsk und Bobruisk geht hervor, daß der Aufstand sich bereits in die Suberzien von Mohilew und Witebsk ausdehnt, also bis an die Dzwina und die Quellen des Dniepr. Nach einer Meldung aus Witebsk vom 4. Mai ist bei Swiadu, 2 Meilen von Lepel an der Beresina, ein Insurgentencorps zum Vorschein gekommen. Ein anderes Corps unter Anführung der Gutsbesitzer Swiatorzanski und Korpuszewicz hat sich bei Bobruisk eingestellt und zwar in der Nähe der Poststation Laby, welche auf der Straße zwischen Mińsk und Bobruisk liegt. Nach einem Berichte des Gouverneurs von Mińsk vom 2. Mai haben viele Bewohner diese Stadt verlassen und ein Insurgentencorps formirt.

Aus Kowno, 18. d., schreibt man dem „Bat.“: Am 8. d. fand ein größeres Zusammentreffen zwischen Insurgenten und Russen bei dem Orte Giedrowyce, einem Städtchen auf dem halben Wege zwischen Wilna und Wilkomirz statt und endigte mit der gänzlichen Niederlage der Insurgenten, von denen 400 Mann in einen See getrieben wurden und dort umkamen. Der Verlust der Russen war verhältnißmäßig gering jedoch hatten sie unter den Todten einen Major. — Seit dem 13. d. M. finden auf dem Ihnen bereits näher beschriebenen Biederke, gebildet durch die Städte Tauroggen, Rossyeni, Wilkomirz, Pontewiez und hauptsächlich zwischen den beiden erstgenannten Orten die erbitterten Kämpfe ohne Unterbrechung statt. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht herbeigeführt worden. Die Insurgenten scheinen mit einer großen Hartnäckigkeit eine Position behaupten zu wollen, welche ihnen eine Verbindung mit der Ostseeküste ermöglicht.

Aus dem Kalischer Bezirk liegen der „Pos. Ztg.“ zwei Aufrufe Tarzanowski's vom 14. Mai vor, der sich noch immer „Chef der bewaffneten Macht der Kalischer Wojwodschafft“ unterzeichnet. In dem einen Document werden die Einwohner des Bezirks, ohne Unterschied des Standes und der Religion, zu den Waffen gerufen; das andere enthält eine Instruktion zur Organisation des Aufstandes; wer den Befehlen dieser Instruktion nicht nachkommt, setzt sich der schwersten Verantwortlichkeit aus.

Hotel de Dresden: Herr Michael Dobrzynski, Gutsbesitzer,
nach Galizien.

